Die Wünsche der Staatsangestellten.

Abg. Dr. Mataja beim Ministerpräsidenten. — Die Zugeständnisse der Regierung. — Die Forderung nach einer Familienzulage.

Heute Donnerstag sprach Abg. Stadtrat Dr. Mataja beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek vor, um in Angelegenheit der Steuerungszulagen, Gehaltsregulierung und Pensionserhöhung der Staatsbeamten und -bediensteten sowie der staatlichen Arbeiter und wegen Erfüllung der restlichen Wünsche der Eisenbahner vorstellig zu werden und eine Petition des Allgemeinen Staatspensionistenvereines zu überreichen. Dr. Mataja bezeichnete ein Festhalten der Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt als unmöglich, insofern die Regierung nicht imstande sei, ihre Angestellten und Pensionisten mit den notwendigsten Bedarfsartikeln in natura und zu erschwinglichen Preisen zu versorgen; eine solche Maßregel würde allerdings viel heilsamer wirken und viel freudiger begrüßt werden, als jede Steuerungszulage. Der Ministerpräsident erwiderte, daß die Frage der Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten aller Kategorien den Gegenstand seiner beständigen Sorge bilde. Nur bitte er im Auge zu behalten, daß jede solche Maßnahme neuerdings die Kaufkraft des Geldes ungünstig beeinflusse, während die Regierung bestrebt sein müsse, diese Kaufkraft zu heben. Nach einer weiteren Auseinandersetzung erklärte der Ministerpräsident, daß die bezüglichen Verhandlungen anfangs September fortgesetzt werden würden. — Der Einwand der Regierung gegen die geforderte Naturalbezahlung mag triftig sein und ist vor allem in alten Verhältnissen begründet. Damit ist aber den Staatsbediensteten nicht geholfen, deren schwerer Notlage Erleichterung geschafft werden muß. Die Regierung wird daher wohl etwas unternehmen müssen, um auf einem oder dem andern der angegebenen Wege den Staatsangestellten zu Hilfe zu kommen, da ihr Daseinskampf heute bereits unerträglich geworden ist.

Bekanntlich haben die Staatseisenbahnbediensteten in einem am 12. Juni d. J. überreichten Memorandum eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung ihrer materiellen Lage vorgebracht. Diese Forderungen haben den Gegenstand von Verhandlungen im Staatsangestelltenausschuß des Abgeordnetenhauses im Monat Juli gebildet, die zu bestimmten Anträgen dieses Ausschusses führten, die aber seitens der Regierung nicht in vollem Umfang angenommen wurden. Da seitens der Staatsbeamten darauf neuerlich an die Regierung herangetreten wurde, fanden über Veranlassung des Ministerpräsidenten Dr. Frhn. v. Hussarek im Eisenbahnministerium unter Zuziehung von Vertretern des Finanzministeriums Besprechungen unmittelbar mit den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen statt, welche, wie amtlich verlautbart wird, im wesentlichen zu folgendem Ergebnisse führten:

Die Zuzählung von 50 Prozent der Steuerungszulage der ersten Familienklasse zum Ruhegenusse wurde auf alle Staatsbahnbediensteten ohne Unterschied der Dienstzeit ausgedehnt. Ferner wurde die Zuzählung eines Teiles dieser Quote zu den normalmäßigen Witwen- und Waisenversorgungsgenüssen zugestanden. Für die weiblichen Bediensteten (Bahnoffiziantinnen) wurden die ortsklassenmäßigen Zulagen entsprechend erhöht und dem Quartiergeldschema der Unterbeamten angepaßt. Gleichzeitig wurde den weiblichen Bediensteten eingeräumt, daß 40 Prozent der Wiener ortsklassenmäßigen Zulage in die Provisionsbemessungsgrundlage eingerechnet werden. Für verheiratete, jedoch kinderlose Arbeiter wurde eine neue Klasse der Steuerungszulagen eingeführt.

Als ein Zugeständnis von besonderer Wichtigkeit und Tragweite für das Eisenbahnpersonal ist die Zuzählung der Kriegsjahre für die Beförderung und Vorrückung zu bewerten. In Berücksichtigung des Umstandes, daß an die im ausführenden Betriebsdienste verwendeten Eisenbahnbediensteten während der Kriegszeit ganz besonders hohe Anforderungen gestellt werden mußten, wird nämlich diesen Bediensteten unter gewissen Voraussetzungen für jedes in die Kriegszeit fallende Kalenderjahr ein halbes Jahr zur Beförderung beziehungsweise Vorrückung zugerechnet werden. Einem langgehegten und wiederholt geltend gemachten Wünsche der Staatsbahnbediensteten wurde schließlich dadurch entsprochen, daß die Rindbarkeit des Dienstverhältnisses während der ersten fünf Jahre nach der statusmäßigen Einreihung auf gelassen wurde.

Nach den von den Staatsbeamtenvereinen vorgelegten Zeitjahren sollten die Aktivitätsbezüge künftig nicht bloß aus dem Gehalt- und der Wohnungszulage, sondern auch aus der Familienzulage bestehen. Die Wohnungszulage für die Staatsbeamten der 11. bis 5. Rangklasse solle in Wien in der Höhe des Mietzinses für eine standesgemäße Wohnung bemessen werden und hätte für die anderen Dienstorte 60 bis 80 Prozent der Wiener Wohnungszulage zu betragen. Eine standesgemäße Wohnung hätte für die zwei unteren Rangklassen zwei, für die 9. Rangklasse drei, für die 8. und 7. Rangklasse vier und für die 6. und 5. Rangklasse fünf Zimmer mit ortsüblichen Nebenräumen zu umfassen. Die Familienzulage hätte für die Gattin eines Staatsbeamten und für jedes unverheiratete eheliche Kind 20 Prozent, für ein außereheliches Kind und für jeden Ascendenten bezüglich dessen dem Staatsbeamten eine Unterhaltspflicht obliegt, 10 Prozent des Gehaltes (Ruhegehaltes) zu betragen. Die Ruhegenüsse der Staatsbeamten hätten aus dem Ruhegehalt der zuletzt bezogenen vollen Wohnungszulage und der Familienzulage zu bestehen. mit Hochschulbildung wäre nach 30 Dienstjahren der volle Ruhe-

genuss zuzubilligen. Dienstage, die Dienstversicherungs- und Quittungstempelgebühren sowie die Pensionsbeiträge sollten aufgehoben werden, die Personaleinkommen- und Besoldungssteuer hätte der Staat zu tragen. Außerdem hätte eine Neuregelung der Gebühren für Dienstreisen, Ueberstellungen, Supplierungen, Ueberstunden usw. zu erfolgen. Schließlich wird gefordert, daß die Kriegsjahre sowohl für die Gehaltsstufen und Zeitvorrückung als auch für die Anrechnung in die Ruhegenüsse doppelt gezählt werden.